



Deutsch-Ungarische
Industrie- und Handelskammer
Német-Magyar
Ipari és Kereskedelmi Kamara

Presseinformation

Herausgeber: Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer (DUIHK), Budapest

Datum: 14. November 2024

Kontakt: Dirk Wölfer, Bereichsleiter Kommunikation

T: +36 (1) 345 76 24, E-Mail: woelfer@ahkungarn.hu

Web: www.duihk.hu/presse

Kein schneller Aufschwung in Sicht

DUIHK stellte Ergebnisse ihrer Herbstumfrage vor

Mit einer schnellen Erholung der Wirtschaft in Ungarn ist wohl nicht zu rechnen – diesen Schluss lassen die Ergebnisse der jüngste Konjunkturumfrage der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer zu, die am Donnerstag veröffentlicht wurden. Insgesamt haben 262 Führungskräfte der Kammer-Mitglieder ihre Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage, aber auch zu Risiken und zur Wettbewerbsfähigkeit gegeben.

Die Aussichten für die ungarische Wirtschaft in den kommenden zwölf Monaten sieht die Hälfte der Befragten negativ, nur jeder zehnte erwartet einen Aufschwung. Leider sind auch die eigenen Geschäftserwartungen wenig optimistisch: nur ein knappes Drittel erwartet bessere Geschäfte, jedes vierte Unternehmen aber eine Verschlechterung. Dementsprechend zurückhaltend sind auch die Beschäftigungs- und Investitionspläne – letztere weisen sogar einen negativen Saldo auf. Die DUIHK geht daher nach Aussage ihres Präsidenten **András Sávos** eher von sehr schwachen Wirtschaftsentwicklung aus. Zudem, so Sávos bei der Vorstellung der Ergebnisse, wurde die Befragung noch vor der Präsidentenwahl in den USA und vor dem Auseinanderfallen der deutschen Regierungskoalition abgeschlossen, die Unsicherheiten für die Unternehmen dürften seitdem sogar noch größer geworden sein.

Schwache Nachfrage, steigende Lohnkosten

Das wichtigste Risiko für die Unternehmen bleibt mangelnde **Nachfrage**. Drei Viertel aller Firmen machen sich diesbezüglich Sorgen. Im Inland fehlen vor allem private und staatliche Investitionen, während private Haushalte vermehrt sparen und nur verhalten konsumieren. Die Auslandsnachfrage wiederum wird vor allem durch die Konjunkturschwäche in Deutschland gebremst.

Erschwerend kommt für die Unternehmen die Frage der **Lohnkosten** hinzu. Wie schon im Frühjahr nannte jedes zweite Unternehmen Arbeitskosten als wichtiges Risiko. Nicht unbegründet, wie der

Autor des Berichts, **Dirk Wölfer**, erläuterte. Nach Berechnungen der Kammer haben sich die Arbeitskosten in Ungarn seit 2019, also in weniger als fünf Jahren, um zwei Drittel erhöht, während sie in den meisten EU-Ländern, mit denen Ungarn konkurriert, deutlich langsamer angestiegen sind – in Tschechien z.B. nur um 26 Prozent. Solche Kostensteigerungen könnten nicht allein durch Produktivitätsgewinne kompensiert werden und gefährdeten damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, auch und gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, so Kammerpräsident Sávós.

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Rechtssicherheit wurden in der aktuellen Umfrage häufiger als Risiko genannt als in früheren Umfragen. Erstere sind auch in anderen Ländern der Region in ähnlichem Maße Anlass zur Sorge, letztere allerdings wird in Ungarn stärker als Risiko wahrgenommen als im Durchschnitt der Region. Eine leichte Entwarnung ist hingegen bei den **Rohstoff- und Energiekosten** zu verzeichnen. Letztere waren auf dem Höhepunkt der Energiekrise im Herbst 2022 mit 78 Prozent das meistgenannte Risiko, aktuell sind es „nur noch“ 26 Prozent.

Wettbewerbsposition verbessert

Erstmals hat die Kammer in der aktuellen Umfrage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Firmen gefragt. Demnach beurteilten 38 Prozent der Unternehmen ihre jetzige Wettbewerbsposition als besser als vor fünf Jahren, nur 23 Prozent konstatierten eine Verschlechterung. Der Saldo ist also durchaus positiv, auch wenn er in anderen Ländern der Region Mittel- und Osteuropa noch deutlich besser ausfiel. Eine interessante Aussage war in diesem Zusammenhang, dass sich in zahlreichen Ländern (eine analoge Umfrage wie in Ungarn wurde zeitgleich weltweit in 56 Ländern von den dortigen deutschen Auslandshandelskammern durchgeführt) gesetzliche Vorgaben zur **Nachhaltigkeit** positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit vor Ort auswirkten. Dies erklärten die Kammerexperten vor allem damit, dass deutsche Firmen „zu Hause“ überdurchschnittlich strengen Regularien entsprechen müssen, was ihnen im Ausland gegenüber weniger gut vorbereiteten Mitbewerbern zum Vorteil gereicht. ■

* * *

Die kompletten Umfrageergebnisse stehen auf der Webseite der DUIHK kostenlos zum Download zur Verfügung: <https://www.ahkungarn.hu/konjunktur>

Über die Umfrage

Erhebungszeitraum: 23. September – 11. Oktober 2024

Erhebungsform: online und per Telefon

Anzahl der Teilnehmer: 262 (davon per Telefon: 95)

AHK World Business Outlook (WBO) – Teilnehmende Länder: 58

Über die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer

Die DUIHK ist die offizielle Vertretung der deutschen Wirtschaft in Ungarn und mit über 900 Mitgliedsunternehmen der größte bilaterale Unternehmensverband des Landes. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Förderung der deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die DUIHK wurde 1993 gegründet. Ihre grundlegenden Ziele und Prinzipien sind praxisorientierter Service für Unternehmen, Bilateralität und parteipolitische Neutralität. Ihre Vorläuferin war die 1920 gegründete Deutsch-Ungarische Handelskammer.

Die DUIHK ist Plattform für direkte Unternehmenskontakte und vertritt die Interessen ihrer Mitglieder, insbesondere auch die von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dabei konzentriert sie sich auf hochwertige, praxisorientierte Dienstleistungen zum Markteinstieg und zur Marktexpansion, die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung, die aktive Mitwirkung bei der Verbesserung der Standortqualität, die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie die unternehmensorientierte Begleitung von wichtigen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Trends.

Die DUIHK ist offizielles Mitglied des weltweiten Netzes von deutschen Auslandshandelskammern (AHK) an 150 Standorten in 93 Ländern der Welt. Sie ist offizielle Vertretung der Freistaaten Bayern und Sachsen sowie mehrerer deutscher Messegesellschaften in Ungarn.